

Der Kanton St. Gallen darf nicht zur Randregion werden

Seit über 11 Jahren arbeite ich mit grosser Freude und Engagement als Regierungsrätin für die Menschen in unserem Kanton. Dabei habe ich mich auf verschiedenen Gebieten für mehr Sicherheit und weniger Gewalt eingesetzt. Von der Bekämpfung der häuslichen Gewalt über die Schaffung eines Jugenddienstes bei der Kantonspolizei bis hin zur Einführung von Schnellverfahren gegen gewalttätige Sportchaoten.

Ich bin nicht nur eine Garantin für eine bürgerlich-liberale Politik, sondern stehe auch für die Interessen der Ostschweiz und im Besonderen für jene unseres Kantons ein. Der Ständerat ist die Kammer der Kantone. Die Parteipolitik steht hier nicht im Vordergrund. Als langjähriges Mitglied der St. Galler Regierung kenne ich nicht nur die Anliegen der Kantone, sondern auch jene unseres Kantons sehr gut. Ich weiss, welche Lösungen in der Praxis funktionieren und für die Gemeinden und Kantone finanzierbar sind. Der Föderalismus ist nebst der direkten Demokratie eine wesentliche Säule unseres Landes. Ich arbeite sachbezogen und bin in der Lage, über die Partei- und Regionengrenzen hinweg, Allianzen zu schmieden und Lösungen zu finden. Dabei kommen mir meine Sprachkenntnisse entgegen.

Die kommenden Jahre sind für den Standort Ostschweiz und St. Gallen entscheidend. Die Raumplanung des Bundes sieht einige wenige Metropolitanräume vor. St. Gallen gehört nicht dazu. Es besteht die Gefahr, dass die Gelder vor allem in diese Räume und Zentren fliessen. Wenn wir den Wohlstand und die Arbeitsplätze in unserem Kanton halten und

ausbauen wollen, müssen wir für bessere Verkehrsanbindungen im Rheintal sowie die Beschleunigung der Strecken Zürich-St. Gallen und Zürich-Sargans kämpfen.



Der Kanton St. Gallen darf nicht einfach zu einer Randregion abgestempelt werden. Für unseren Grenzkanton ist es zudem wichtig, dass der bilaterale Weg mit der EU auf ein solides Fundament gestellt wird. Gerade die St. Galler Betriebe sind auf unbürokratische Marktzugänge sowie auf qualifiziertes Personal aus der EU angewiesen. Die bilateralen Verträge dürfen deshalb nicht gefährdet werden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lehne ich hingegen ab. Als langjährige Sicherheitsdirektorin kenne ich zudem sämtliche Aspekte der inneren Sicherheit sehr gut. So könnte ich bei den anstehenden Revisionen des Straf- und Asylrechts meine Erfahrungen beim Bund einbringen. Im Strafrecht gilt es, Kurzstrafen wieder einzuführen und die bedingte Geldstrafe abzuschaffen. Im Asylrecht sind die Verfahren zu straffen. Dass ein Asylverfahren in der Schweiz heute durchschnittlich vier Jahre dauert, ist nicht akzeptabel.

Es wäre mir eine grosse Freude, unseren Kanton im Ständerat vertreten zu dürfen. Ich würde dies mit dem gleichen Engagement und Herzblut tun wie meine Arbeit als Regierungsrätin.

*Karin Keller-Sutter,
Regierungspräsidentin, Wil*